

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Sust. Ad. Schlech, Postlieferant,
Dr. Gerberitz- u. Breiteit.-Cie.,
Otto Niekisch, in Firma
J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Berantwortlicher Redakteur:
G. Wagner in Posen.

Redaktions-Sprechstunde
von 9-11 Uhr Vorm.

Mittag-Ausgabe.

Posener Zeitung

Hundertundzweiter

Jahrgang.

Mr. 325

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal,
an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, für ganz
Deutschland 5,45 M. Beliebungen nehmen alle Ausgabenstellen
der Zeitung sowie aus Postämtern des Deutschen Reiches an.

Freitag, 10. Mai.

Berantwortlich für den Inseraten-
theil:

W. Braun in Posen.

Fernsprech-Anschluß Nr. 102.

1895

Deutscher Reichstag.

88. Sitzung vom 9. Mai, 1 Uhr.

(Nachdruck nur nach Übereinkommen gestattet.)

Ein Antrag Auer auf Einstellung eines gegen den Abg.
Horn schwebenden Strafverfahrens wird angenommen.

Die zweite Verathung der Umsturzvorlage wird fort-
gesetzt bei § 111 (Bestrafung der Aufforderung und Anpreisung
von Verbrechen).

Ein Antrag Groeber ic., der inzwischen eingegangen ist,
will einen Theil des von der Kommission gefürchteten § 113 (Wider-
stand gegen die Staatsgewalt) in das Gesetz hineinnehmen. Danach
soll nur die Anreitung zum thätzlichen Angriff gegen
Beamt e bestraft werden.

Preußischer Justizminister Schönstedt: Ich bitte mir zum
Antrag v. Levezow und Genossen auf Wiedereinführung der §§ 113
und 114 einige Worte zu gestatten. Ich erkläre Namens
der Reichsregierung, daß dieselbe auf Wiedereinführung dieser beiden Paragraphen
der Vorlage das allergrößte Gewicht legt,
und bemerke, daß es sich hierbei um einen
der Punkte handelt, von deren Entscheidung
voraussichtlich das endgültige Schicksal der
Vorlage abhängt. Die Gründe, weshalb die Reichsregie-
rung grade auf diesen Paragraphen ein besonderes Gewicht legt,
können beinahe überflüssig erscheinen. Ich brauche bloß auf den
Inhalt hinzuweisen, der sich auf demjenigen Gebiete bewegt, auf
dem nach Wahrnehmung der verbündeten Regierungen die Gefahr
von Ausschreitungen am lebhaftesten hervorgetreten ist, und auf
dem die verbündeten Regierungen am dringlichsten die Stärkung
der Staatsgewalt fordern, um solchen Ausschreitungen entgegenzu-
treten, die von der verhezten oder irregeleiteten Massen begangen
werden. Die Staatsregierung hat die unabsehbare Pflicht,
solchen Handlungen im Keime entgegenzutreten, und nicht abzu-
warten, bis es zu Ausschreitungen gekommen ist, sondern sie muß
auch diejenigen treffen, die darauf ausgeben, durch gefährliche An-
preisungen zur Begehung von solchen Handlungen anzureizen. Die
Richtigkeit dieser Ansicht ist in der ersten Lesung von der über-
wiegenden Mehrheit des Hauses anerkannt worden. Nach
Führer derjenigen Parteien, die sich heute einer großen Zurückhaltung
befreiten, sind dafür einzutreten. Nach dem Verlauf der gestrigen
Verhandlung glaube ich nicht bezweifeln zu dürfen, daß sowohl die
konserватiven Parteien wie auch die Freikonservativen und Na-
tionalberalen sich für den Antrag v. Levezow entscheiden und den
Anforderungen der Regierung entgegenkommen werden. Die
Regierung giebt auch die Hoffnung nicht auf,
daß auch das Centrum auf diesen Punkten
zu stimmen wird, und glaubt deshalb an der Hoffnung festhalten
zu dürfen, weil das Centrum sich mit sich selbst in Widerspruch
setzen würde, wenn das nicht geschiehe. Ich kann mich des Eindrucks
nicht erwehren, daß es Kulturmäpferungen gewesen sind, die
den sonst so klaren Blick der Herren vom Centrum getrübt haben
(Lachen links.) Nun weiß ich nicht, ob derartige Ausschreitungen,
auf welche hier exemplifiziert worden ist, während des Kulturmäpfes wirklich vorgekommen sind. Das aber weiß ich, daß das
Centrum die Meinung vertreten hat, es würde Gesetzen, von deren
Gerechtigkeit es nicht überzeugt ist, keinen thätzlichen Widerstand
entgegensezzen. Ich weiß nicht, ob ein Kulturmäpf jemals wieder-
kehren wird, ich selbst glaube es nicht, ich wünsche es nicht, er hat
niemandem genützt. (Befürmmung.) Das Eine aber glaube ich
annehmen zu können, daß das Centrum, wenn es zu einem neuen
Kulturmäpf kommen sollte, seinen grundsätzlichen Standpunkt nicht
verlassen wird. Damit verlässt die Frage, die zur Ablehnung
dieser Paragraphen geführt hat, an Bedeutung. Wenn Sie (zum
Centrum) in Ihrer ablehnenden Haltung beharren, besorgen Sie
die Geschäfte der Sozialdemokraten. (Lachen bei den Sozial-
demokraten.) Die Palme des gefrigten Tages gebührt ja nächst
dem Kriegsminister dem Abg. Auer (stürmische Heiterkeit.) Seine
Rede würde einen sachlichen Erfolg haben, wenn sie das Centrum
zu einem Beharren auf seinem Standpunkte verleitete. Der Zweck
seiner Rede war ja, das Centrum festzunageln auf einer unhal-
baren Position. (Lachen links und im Centrum.) Wenn das den
Sozialdemokraten gelingt, dann ist der Sieg ihnen gewiss, und das
Centrum wird sich dieses Erfolges nicht rühmen können. Die
gefrigten Erklärungen des Abg. Reindl haben erkennen lassen, daß
das Centrum das letzte Wort in der Sache noch nicht gesprochen
hat. Den Standpunkt, den es in der Kommission angenommen
hat, zu verlassen, ist ihm aber heute viel leichter als bei der dritten
Lesung. Verläßt es seinen Standpunkt erst bei der dritten Lesung,
dann setzt es sich mit sich selbst in Widerspruch. Wenn Sie der
Regierung geben, was sie zu fordern berechtigt zu sein glaubt, um
ihre verantwortliche Stellung aufrecht erhalten zu können, dann
ruft ich Ihnen zu: Bis dat, qui cito dat (Beispiel rechts).

Abg. Lenzmann (Reit. Bp.): Die Regierung hat diese Vor-
lage nicht aus sich selbst, sondern durch das Drängen von außen
gemacht. Vorgeschoben wird immer die allgemeine Redensart, es
möste etwas geschehen. Was ist denn nun geschehen, was die
Forderung berechtigt erscheinen ließe? Wenn man ein Gesetz, das
von solchen Kautschukparagraphen von vorn bis hinten wimmelt,
schafft, wenn man leichtes Herzens einen Zustand der Un Sicherheit
in der Rechtspflege einführt, so müssen doch gewaltsame Dinge in
die Erziehung getreten sein, die das begründen. Im Juni vor-
herigen Jahres hat ein Mordbube ein Attentat auf den Präsidenten
der französischen Republik verübt, das namentlich für Deutschland
ohne weitere Folgen geblieben ist. Das war also für Herrn von
Bentigien und seine Freunde, sowie für die Regierung die Ver-
anlassung, diese ungeheuerliche Vorlage einzubringen. Es kommt
ja auch vor, daß Demand von einem tollen Hund gebissen wird.
Soll man deshalb alle Hunde festbinden? Solche „tolle Hund-
theorie“ sollte man doch von der Gesetzgebung fernhalten, zumal
da man den Beweis für die Nothwendigkeit der Vorlage nicht er-
bracht hat. Die Forderung der Kommission, uns das Material zu
referieren, hat die Regierung nicht erfüllt. Will man etwa wieder
eine Ueberprüfung versuchen, wie mit dem Dynamitgesetz, an
dessen Folgen wir noch heute zu leiden haben? Anstatt uns das

Material zu geben, hat man sich bemüht, durch den Hinweis auf
die allgemeine Weltlage das Gesetz zu begründen. Man hat gesagt,
man könne sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß die Sozial-
demokraten die Revolution wollen. Das ist gestern schon von den
Leuten, die es am besten wissen müssen, bestritten worden. Wenn
die Sozialdemokraten uns versichern, daß sie keine revolutionäre
Partei sind, wenn wir keine revolutionären Erscheinungen auf
Seiten ihrer Partei sehen können, so können Sie uns doch nicht
zumutthen, daß wir nun auf einmal Herrn v. Kölle das ohne
weiteres glauben. Wir wissen doch auch historische Erscheinungen
zu beobachten und zu prüfen, und da können wir die Gefahr einer
naheliegenden Revolution nicht erblicken. Wenn wirklich eine Re-
volution in Aussicht steht und Sie die Aufgabe haben, ans davor
zu bewahren, so thun Sie es doch, indem Sie die Ursachen der-
selben vernichten. Die Ursache der Revolution ist jedesmal eine
hochgradige Unzufriedenheit, und welche Unzufriedenheit diese Vor-
lage erzeugt, das beweisen die von allen Seiten eingelaufenen
Proteste, die man nicht mit so wegwerfenden Worten behandeln
darf, wie es der Reichstagszler gestern gehabt hat. Nun sagt man,
die Revolution vollziehe sich ja schon, das sehe man in den anarchi-
stischen Erscheinungen. Aber der Anarchismus im Auslande kann
uns doch ebenso wenig veranlassen, für uns ein Gesetz zu schaffen,
wie die Beamtenbestechungen an der russischen Grenze uns veran-
lassen können, die Gesetze über die Bestechung zu verschärfen. Jede
Anpreisung einer anarchistischen That kann schon mit der jetzigen
Gesetzgebung bestraft werden und wird auch bestraft. Die Para-
graphs über den Hochverrat und die Aufforderung dazu sind
doch von weit größerer Bedeutung als ein solches Polizeigesetz,
das höchstens zu Chikanen führen kann. Auch der Hinweis auf
die Gesetzgebung der Nachbarstaaten ist verfehlt. Denn diese unter-
scheiden sich wesentlich von den Grundsätzen des § 111. Das
österreichische Gesetz trifft nur die Aufforderung zu verbrecherischen
Taten. Die Schwel, die insofern in einer ungünstigeren Lage ist,
als sie das Asyl für alle unruhigen Köpfe bildet, bestraft nicht das
Anreiten, sondern das Aufrufen, was ebenfalls ein Unterschied ist.
Ebenso bestrafen Belgien, Holland, Spanien die Anpreisung nicht.
Witt Unrecht wurde von einigen Rednern behauptet, die Ver-
schärfung der Strafe für die Aufforderung zu bestimmten
Verbrechen sei ohne große Bedeutung. Es ist durchaus
keine so harmlose Zumuthung, die Strafe um 200 Prozent
zu verschärfen, und zwar bei einem Richterpersonal, dem
der Vorwurf der Vorheit nicht gemacht werden kann. Ich
habe in der Kommission die Regelung aufgefordert, die
Nothwendigkeit dafür nachzuweisen und einen einzigen gerichtlichen
Fall nachzuweisen, in dem auf die bisherige Maximalstrafe erkannt
worden sei. Aber die Regierung hat keinen einzigen Fall genannt
und sie schweigt heute nach drei Monaten auch still. Das beweist,
daß bei keinem deutschen Gericht auch nur ein Fall vorgekommen
ist, in dem auf die bisherige Maximalstrafe von einem Jahre ex-
kannt worden ist. Wo ist also die Nothwendigkeit zur Straf-
erhöhung? Ferner ist doch bei der Aufforderung das Entscheidende
nicht, wozu man auffordert, sondern das Gefahr, welche das Auf-
fordern an sich bringt muß. In der Vorlage wird aber Schablonen-
haft nach Art der Handlung, zu der man auffordert, bestraft. Ich
kann mir auch eine Aufforderung loyaler Art denken. Wenn z. B.
ein Staatsanwalt von der Aufforderung zu einem Duell Kenntnis
erhält und den Thäter nicht zur Verantwortung zieht, so macht er
sich nach § 149 des Strafgesetzbuchs strafbar. Wenn nun in einer
Volksversammlung sozialdemokratische Agitatoren das dem Staats-
anwalt vorwerfen, und ich als loyaler Mann sage, das Verhalten
des Staatsanwalts ist entzündbar, der Minister hat es ihm be-
fohlen, so würde ich ins Gefängnis kommen, obgleich ich doch die
Entschuldigung nur als loyaler Staatsbürger gemacht habe. Der
Antrag Groeber ist durchaus nicht berechtigt und paßt nicht
in das System des § 111. Ich habe das Gefühl, als ob das
nur eine Art Überleitung zum Standpunkte der Konservativen sei.
Zwischen dem Antrag Barth und dem der Konservativen ist ein
qualitativ gewaltiger Unterschied. Während der erste nur den
trefen will, der die Absicht hat, durch Anreiten ein neues Ver-
brechen zu erzeugen, will der Antrag Levezow pädagogisch wirken.
Das ist aber nicht Sache des Richters, der nur die Söhne zu
finden hat, sondern Sache des Gelehrten, des Lehrers. Wenn
aber der groÙe Rechtslehrer, der vorzügliche Jurist Professor
Ennecker (Heiterkeit) in seiner Auslegung zu recht wunderbaren
Schlüssen gekommen, was soll man da erst vom einfachen Richter
erwarten? Ich habe — und darin unterscheide ich mich sehr von
meinen politischen Freunden auf der Linken — ein großes Ver-
trauen zu den Richtern, aber ich will sie bewahren vor Gesetzen,
die so interpretationsfähig sind. Sind doch in einer viermonatlichen
Berathung die 28 Juristen der Kommission nicht dazu gekommen,
den Umsturz zu definieren. Das Centrum, das für Freiheit und
Recht zu kämpfen behauptet, würde gegen dieses Prinzip verstößen,
wenn es den § 111 annähme. Ich hoffe, daß die Regierung, wenn
wir den § 111 abgelehnt haben, uns mit einer weiteren zwecklosen
Debatte verhindern und uns nicht zwingen wird, einen Leichnam
noch 14 Tage zu Grab zu tragen. Das die Hoffnung, daß die
Justizkommission noch in dieser Session zu einem erfreulichen Re-
sultat kommen möge, nicht erfüllt worden ist, ist allerdings zum
Theil durch die übermäßige Verehsamkeit der Kommissionsmitglieder
verursacht, zum Theil aber auch durch das Verhinderen der verbündeten
Regierungen. Denn wenn sie die 28 Juristen, die in der Umsturz-
kommission saßen, zur rechten Zeit verschont hätten, würden wir für die sehr
gute Juriszessgebung Zeit gewonnen haben, wir würden nicht
einen ganzen Winter pro nihil gearbeitet haben. Das nichts zu
Stande gekommen, dafür tragen die verbündeten Regierungen die
Verantwortung. Sie sagen, die Staatsautorität soll gestützt werden.
Die Staatsautorität wird am besten gestützt, wenn Sie dem Volke Respekt vor dem Staat ein-
flößen (Befürmmung links), wenn die Staatsgewalt sich nicht in
Dinge einmischt, die sie nichts angeht. Mit derartigen Gesetzen,
welche ich nicht anders bezeichnen kann als Polizei ausnahmig
gegesezt, lassen Sie dem Volk keinen Respekt ein. (Lebhafte
Befürmmung links.)

Preußischer Minister des Innern v. Kölle: Wie der Ab-
geordnete Lenzmann dieses Gesetz bezeichneten will, das ist seine

Inserate werden angenommen
in den Städten der Provinz Posen
bei unseren Agenturen, ferner bei
den Annonce-Expeditionen
R. Kosse,
Haasestein & Vogler A.-G.,
G. F. Baube & Co.,
Invalidendank.

Berantwortlich für den Inseraten-
theil:

W. Braun in Posen.

Fernsprech-Anschluß Nr. 102.

Inserate, die sechsgepalte Petizielle oder deren Raum
in der Morgenaußgabe 20 Pf., auf der letzten Seite
30 Pf., in der Mittagaußgabe 25 Pf., an bevorzugter
Stelle entsprechend höher werden in der Sprechzeitung für die
Mittagaußgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenaußgabe bis 5 Uhr Nachtm. angenommen.

wahr!) In demselben werden die Erzählungen der Bibel als Lügen bezeichnet und am Schluß über Jesus Christus gesagt, er war ein Zimmermann, der wie so viele seiner Zeitgenossen eine Revolte gegen die Römer anstifteten wollte. Ich glaube, man wird draußen im Volk, nachdem der Rausch der Protestversammlungen verflogen ist, einsehen, daß es nicht so weiter geht. Entweder es wird immer weiter unterorakeln, wie es die „Partei der Liebe“ will oder wir schreiten bei Seiten ein. Die Regierungen sind sich sehr schnell und kurz einig geworden, Ihnen dies Gesetz vorzulegen. Die Antwort hat der Reichstag. Wir werden in Ruhe abwarten, welche Antwort der Reichstag geben wird. Die verbündeten Regierungen sind der Überzeugung, daß derartigen Zuständen gegenübergetreten werden muß. Geben Sie die Antwort ab und vereinigen Sie sich darüber, wie sie abgegeben werden soll. (Vorfall rechts.)

Abg. Bebel (SozD.): Der Justizminister hat gesprochen, wie wenn er das Centrum in der Tasche hätte. Wenn dies aber nicht der Fall ist, so ist die Blamage um so gröker. Ich bin neugierig, wie der Kriegsminister, wenn er den § 112 demnächst vertheidigen wird, seine Vertheidigung mit seinen gefürgten Ausführungen wird vereinbaren können. Wir sind ja in Deutschland solchen Stimmungen ausgesetzt, denen wir z. B. auch die lex Heinze zu verdanken haben. Die jetzige Vorlage könnte man lex Casero nennen, und gerade die „deutsch-nationalen“ Parteien hier haben vor allem sich bemüht, das ausländische Gewächs auf deutschen Boden zu verpflanzen. Das Gesetz ist, wie der Reichskanzler selbst zugab, ein Tendenzgeetz und wird zur Korrumprung des öffentlichen Lebens, der Rechtsprechung beitragen. Es ist das Gegenthell des Sages: *justitia fundamentum regnum*. Freilich sagt der Reichskanzler, er habe das Vertrauen zu dem Volk der Denker, daß es nicht annehmen werde, daß durch dies Gesetz Aussprüche von Philosophen getroffen werden könnten. Hat er denn während der ganzen Verhandlungen geträumt? Das Centrum und auch die Konservaliven sind ja gerade von dieser Antichauvinie ausgegangen. Die „Kreuzzeitung“ brachte eine große Reihe von Stataten aus Niederschlesien mit dem Bemerkens, daß dagegen eingegritten werden müßte. Als kurz vor dem Fassen des Sozialistengesetzes von einem Freunde dieses Gesetzes an gewisser Stelle Bedenken gegen die Aufhebung erhoben wurden, da wurde dort das Wort ausgesprochen: „Die Sozialdemokratie überlassen Sie mir, mit der werde ich allein fertig.“ Das Wort ist vergessen, wie so viele andere Worte vergessen sind, die man mit gleichem Stolze gesprochen hat. Der Ruf nach einem Ausnahmegerichte ist schon laut geworden, und es wird kommen, darüber täuschen wir uns nicht. Aber fertig werden Sie mit der Sozialdemokratie nicht, und wenn etwas geeignet ist, den Untergang Ihrer famosen Gesellschaftsordnung zu

beschleunigen, dann sind es Gesetze wie diese und noch vieles mehr Ausnahmegesetze. Zur Begründung hat Herr v. Kölle hier wieder den reichen Titatensack geöffnet, den wir schon von Herrn v. Buttamer her kennen. Aber dieser war bei weitem gewandter und geübt als Kölle, und Herr v. Kölle kann zu ihm in die Schule gehen (große Heiterkeit) und lernen, mit welch liebenswürdiger Pose er es verstanden hat, den bürgerlichen Vortretern die Ausnahmegesetze ungerecht zu machen, während Herr v. Kölle in seiner plumpen Art (Minister v. Kölle, der den Saal verlassen hatte, erscheint wieder in demselben; große Heiterkeit) diesen Erfolg nicht errungen hat. Das Gesetz richtet sich gegen die Sozialdemokratie. Diese ist aber das Produkt der ökonomischen Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft, wie die letztere wiederum ein Produkt der feudalen Gesellschaft ist. Und ebenso wenig wie die feudale Gesellschaft im Stande war, die bürgerliche aufzuhalten, wird die bürgerliche im Stande sein, die sozialistische aufzuhalten. Das Verbrecherische der Vorlage ist, daß man uns die gesetzliche Behaftung unserer Bestrebungen nimmt. Sie wollen das Christenthum töten. Vergessen Sie aber nicht, daß Christus selbst ebenso ein Feind der jüdischen Staatsreligion war wie wir Feinde der herrschenden Staatsreligion sind (Unruhe rechts und im Centrum), daß er als Revolutionär bestraft wurde genau so, wie Sie heute die Sozialdemokraten verfolgen. (Unruhe und Bewegung, Widerspruch rechts und im Centrum) Die ersten Christen haben sich im Widerstand gegen den damaligen Staat versündigt. (Widerspruch rechts und im Centrum) Hat nicht der deutsche Kaiser selbst einmal den Ausspruch gehabt: Die ganze moderne Gesellschaft beruht auf der französischen Revolution? Wenn er es künftig wieder tun wird, dann wird er nicht bestraft. Wenn aber ein Sozialdemokrat in einem Buch, in einer Verkündigung eine solche Ansichtung kundgeben würde, dann würde er wegen Vergehens gegen § 111 bestraft. Der Mord des Marat durch Charlotte Corday wird von allen Geschichtsschreibern als großer geschichtliche That beurtheilt. Künftighin wird das auf Grund des § 111 als Glorifizierung eines Verbrechens bestraft werden, ebenso die abfällige Beurtheilung der Revolution.

beurteilung der Hinrichtung Blums. Für die Gefallenen vom 8. März hat damals ein katholischer Kaplan eine Lobrede gehalten. Jetzt sollen wir, wenn wir dasselbe thun, nach § 111 bestraft werden. Ein Gedicht, das die Pariser Februarrevolution in den höchsten Tönen preist, röhrt her vom dem Geh. Hofrath Rudolf von Gottschall (Große Heiterkeit), ein anderes hat zum Verfasser Wilhelm Jordan, damals Marinesekretär, einen Nationalberater. (Große Heiterkeit.) Ich möchte auch nicht in den jugenderinnerungen des verehrten Kollegen Dr. Hammacher nachslattern, da würden sich recht viele Anschauungen finden, die mit 111 tolltäten. (Große Heiterkeit.) Nach dem Attentat Bismarcks auf Bismarck in den über Jahren erschien ein Flugblatt, auf der einen Seite steht Bismarck, auf der andern Seite Blaub mit der Sissie, in der Mitte der Teufel, unter letzterem die Worte: der ehört mir! (Stürmische Heiterkeit.) Emil Mittelhaus bezeichnete Bismarck 1863 als Gezler. Herr v. Treitsche rechtfertigte 1866 einen Hochverrat gegen den König von Sachsen, ebenfalls ein Nationalliberator. (Heiterkeit.) Die Bibel in der Westentasche ist in sozialdemokratischem Verlag erschienen. Wenn Herr Kölle die Ausführungen des Schlesischen Volkskalenders als Blödsinn bezeichnet, warum begründet er damit die Vorlage? (Große Heiterkeit.) Wenn die Neuerung über den Reichstag von einem Parteigenossen berührt, dann erkläre ich sie für wenig geschmackvoll. Ich erinnere aber an die Neuerungen der konserватiven Presse über den Reichstag wegen der Abstimmung vom 3. März. Will Herr v. Kölle mit seinen Ausführungen über die Hochs auf die internationale Sozialdemokratie in Versammlungen auf ernst denkende Männer wirken? In demselben Augenblick, wo der Mann aufsteht, der das Hochzutragen will, kann die Polizei ausrüsten. So fix ist die Polizei in Berlin. Die Berliner Polizei ist aber einsichtiger als ihr hoher Chef. (Stürmische Heiterkeit.) Aus der Erörterung des Abg. v. Hardorff sprach der Geist Stumm's. Das sind Anschauungen von Fanatikern, da hört die Vernunft auf. Wenn Staat und Gesellschaft diese Anschauungen acceptiren, dann lebt nur eins übrig, das Blubbad. Herr v. Kölle hat darüber gespottet, daß wir uns die Partei der Liebe genannt haben. Wir sind die einzige Partei, die in der That die Parole Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, die vor 100 Jahren die Vorlämpfer der französischen Revolution gepredigt, aber nie verwirklicht haben, vertrülichen wollen. Wir haben noch Ideale, Ihre (nach rechts) einzigen Ideale bestehen heute darin, Ihren Geldbeutel zu füllen. Vorgehen, die in höheren Gesellschaftsschichten vorkommen, werden häufig nicht verfolgt. Das beweisen ja die Ereignisse der neuesten Zeit. Als vor Kurzem ein Kollege in diesem Hause sich im offenen Bilderdruck zur Religion und den bestehenden Gesetzen gesetzt und

gefunden. Das ist der deutlichste Beweis dafür, daß es nur daran kommt, einer recht angesehenen gesellschaftlichen Schicht anzuhören, und das Recht wird mit Füßen getreten, während ein armer Teufel, der für seine Menschenrechte eintritt und hierbei aus Ungeschicklichkeit Neuzerungen fallen läßt, die mit den Gesetzen im Widerspruch stehen, sofort vom Staatsanwalt geprägt und bestraft wird. Wenn irgend etwas dazu beträgt, die Zustände, die schon jetzt in Deutschland herrschen, noch zu verschlimmern, wenn irgendwo der Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschafts-Ordnung herbeigeführt wird, so gelingt es durch solche Dinge, wie sie sich jetzt in den allerhöchsten Schichten der Gesellschaft unter Billigung der allerhöchsten Stelle ereignen. (Befürworter Befall bei den Sozialdemokraten Präsident v. Busch macht den Redner darauf aufmerksam, daß ein alter Brauch des Hauses ist, die allerhöchste Person nicht die Debatte zu ziehen.) Sie hier sollten darüber wachen, daß nicht eine Gesetzesänderung gemacht wird, die dazu führt, daß die Rechtsprechung sich mit dem Volksbewußtsein in schneidendem Widerspruch setzt. Gerade heute in der Zeit sozialstaatlicher Parteikämpfe sollte man dies vermeiden. Die Richter können sich beim bestreiten Willen unmöglich den Parteieströmungen entziehen. Darum ist auch die Überzeugung weit verbreitet, daß die Rechtsprechung nicht ganz unparteiisch ist. Der Justizminister hat den auch im preußischen Abgeordnetenhaus Ausdruck gegeben. In Berlin ist es ja ein öffentliches Geheimnis, daß von der einen Kammer milder geurtheilt wird als von der anderen. In Breslau haben zwei Kammern denselben Fall verschieden beurtheilt. Es ist jetzt schon so weit gekommen, daß zwei Staatsanwälte gegen den "Wahren Jakob" Anklage eröffnet haben, weil dort in einem Bilde unter der Überschrift „Gesegnet sei die Bombe“ ein paar Cockspitze und der kleine König von Spanien, Crispi und Carnot aufgezeichnet waren. Diese Überschrift war aber der Überschrift eines Leitartikels des "Figaro" entnommen, der keine Freude ausprüft, daß durch die Attentate die Rummel veranlaßt sei, zu Ausnahmengesetzen zu schreiten. Ferner waren auf dem Bilde drei Nationalliberale abgebildet, von denen der eine, weil er auf dem Land versprochen hat, so zu stimmen, in der Stadt wieder anders, nun da er nicht weiß, wie er stimmen soll, sich von der Abstimmung drückt. (Große Heiterkeit.) Ein anderes Bild stellte den Kollegen Schall dar, wie er segnend die Hände über Duellantens breitete. Wem es überhaupt um das Wohl des Volkes und den Fortschritt und das Gediehen des Vaterlandes zu thun ist, dem bleibt nichts anderes übrig als die ganze Vorlage in den Orlas zu schleudern und dieses Monstrum mit Entrüstung von sich zu weisen. (Befall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Frhr. v. Buol: Der Abg. Bebel hat gesagt: Die Herren bestigen keine Ideale, ihr Ideal ist der Geldsack und der Materialismus. Ich hoffe, daß er die Anwesenden nicht gemeint hat. (Große Hinterkeit.)

Preußischer Justizminister Schöning: Auf die Angriffe, die Abg. Bebel in seiner bekannten makelosen Weise gegen die Justiz schleuderte, kann ich im Einzelnen nicht eingehen. Ich weise die Behauptung, daß die Justiz in Preußen und in Deutschland irgendeinen Grund zu einem Zweifel an ihrer Unparteilichkeit gegeben hat, mit Entrüstung zurück. Die Behauptung, daß die Staatsanwaltschaft in Fällen, die höher gestellte Personen betreffen, nicht eingeschritten ist, ist unwahr. Die Herren v. Rothe und Schrader sind angeklagt wegen Beteiligung an einem Betrug, haben in diesen Tagen Termin gehabt oder werden ihn demnächst haben. (Ruf bei den Sozialdemokraten: Stumm!) Ich bin eingerufen worden, daß die Herren die Gründe nicht kennen, weshalb der Staatsanwalt gegen Frhrn. v. Stumm nicht eingeschritten ist. Es ist bis heute nicht geschehen, weil er unter dem Priviliegium des Reichstags steht und eine Verfolgung nicht eintreten kann, so lange die Sessjon dauert. Die Staatsanwaltschaft hatte keinen Anlaß, Ihre kostbare Zeit mit einem Gesuch wegen Strafverfolgung in Anspruch zu nehmen. In Breslau ist es bedauerlicher Weise vorgekommen, daß dort von zwei Civilkammern in demselben Fall die eine so, die andere anders entschieden hat. Ich habe in Folge dessen die noch in derselben Sache anstehenden Termine aufgehoben und für eine ganz neue Besetzung des Gerichts Sorge getragen. Inzwischen hat auch das Reichsgericht in dieser Sache maßgebend entschieden. Wenn schließlich der Abgeordnete Bebel ein Anklage gegen die Berliner Strafkammern richtet, so ist das eine in die Luft hinein gepochene Allgemeine vagé Beschuldigung, die ich mit voller Entrüstung zurückweise. (Besfall rechts.) Auch Abgeordneter Lenzmann hat der Strafverfolgung des Herrn v. Stumm gedacht. Ich wundere mich, daß zwei so erfahrene Parlamentarier sich in dieser Weise äußern.

Abg. Frhr. v. Hodenberg (Wolfe): Meine Freunde werden die Vorlage ablehnen, aber nicht aus Gründen wie Abg. Bebel, dessen Partei sich von der meinigen durch Missachtung aller Religion und Ordnung unterscheidet. Von der Vorlage versprechen wir Ihnen keinen Nutzen, denn sie ist nicht geeignet, das Ansehen der Obrigkeit zu festigen. Will man die Revolution von unten bekämpfen, so muß man auch die Revolution von oben bekämpfen.

Abg. Schall (dt.): Vor Allem muß ich die Angriffe des Abg. Bebel gegen das Christentum zurückweisen. Wenn man diese Rede hört und weiß, daß sie in Versammlungen wiederholt wird, so hat man wohl alle Veranlassung, auf Maßregeln zu sinnen, um dem entgegentreten zu können. Ein Büchlein: „Die Bibel in der Pestitätsäste“, welches die Sozialdemokraten vergebens von sich auszuschütteln suchen, ergeht sich in gehässigen Angriffen auf Gott. Abraham und Jakob werden Späßhunden, „rechte Juden“ genannt. Was sagen die Abgg. Singer und Worm dazu? (Heiterkeit) Ihnen muß doch das alte Testament auch heilig sein. (Burkus des Abg. Singer: Das geht Sie nicht an!) Ich stehe hier nicht bloß als Vertreter der Christen, sondern auch aller gläubigen Juden (Große Heiterkeit), die uns viel näher stehen als diejenigen, die den äukteren Typus der Juden festgehalten, aber sonst alles von ihren Vorfahren überkommen abgeschüttelt haben. Gegenüber den Angriffen des Abg. Auer weiß ich nicht, was ich aus Entrüstung sagen soll. Ich protestiere im Namen aller gläubigen Christen gegen die Hineinziehung unseres Heilands in diese Dämonen. (Lebhafte Beifall rechts.) Wir wollen durch das Gesetz die freie Wissenschaft und die berechtigte Kritik nicht eindämmen, wohl aber die Umsturzbestrebungen. Darum verstehen wir nicht die Proteste der Gebildeten. Verwahren muß ich mich dagegen, daß ich das Duell vertheidigt habe. Ich habe das Duell in solchen Fällen als begreiflich, aber nicht als vom christlichen Standpunkt aus entschuldbar bezeichnet. Ich verurtheile das Duell und will dessen Abschaffung. Das beweist eine Rede, die ich am Grabe eines im Duell gefallenen Offiziers gehalten habe, der zum Duell um Ehrengericht gezwungen wurde. (Lebhafte Bewegung und Läuse links.) Aber wir wollen auch, daß jedem Gelegenheit gegeben werde, seine Ehre zu vertheidigen. Wir halten noch was auf Ehre. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Wir auch!) Sie sagen es, aber ich weiß es nicht. (Präsident Frhr. v. B. u o l: Sie haben es erlaubt, daß ein Theil der Mitglieder des Hauses keine Ehre habe. Ich erkläre darin eine Beleidigung und rufe Sie zur Ordnung.) Wir glauben nicht an die allgemeine Menschen-

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: Ich muß den Spruch des Ehrengerichts zum Zweikampf gezwungen worden sei. So lange Ehrengerichte in Preußen bestehen, seit 1874, ist ein

uf solcher Spruch noch nicht gefallen und kann auch nicht gefällt werden. (WiderSpruch links.)

Ein Beratungsantrag wird angenommen
Persönlich bemerkt

Abg. Stadthage

er habe in einer Volksversammlung als Inschrift des Reichstags empfohlen: „Hier zahlt man die höchsten Preise für Lumpen“ der Wahrheit widerspreche. Der Ausspruch hat seines Wissens etwa gelautet: „wenn der Reichstag, wie ihm durch die Umsturzvorlage angekommen werde, eine Begünstigung des Lockspitzelthums beizulegen lösste, so müßte die Inschrift des Reichstagsgebäudes eine ähnliche sein, wie sie wiederbolt für das Ministerium des Innern und das dem Mühlendamm gegenüberliegende Polizeipräsidium mit Rücksicht auf die verwendeten Lockspitzel empfohlen worden sei: „Hier werden für Lumpen jeder Art die höchsten Preise gezahlt und bewilligt.“

Preußischer Minister des Innern v. Kölle: Ich kenne den Inhalt der Rede aus dem Berichte des Polizeikommissärs, der die Versammlung überwacht hat, und dieser Bericht, der nur in wenigem von den Ausführungen des Abg. Stadthagen abweicht, erscheint mir auch in dem Punkte, wo er abweicht, viel glaubhafter, als die Vermerkungen des Abg. Stadthagen.

Da ein Mitglied der Regierung das Wort ergriffen hat, ist die Diskussion wieder eröffnet.

Die Debatte wird aber sofort wieder vertagt.
Persönlich bemerkt Abg. Penzmann, daß er den Namen des
Abg. Stumm überhaupt nicht genannt habe.
Zustimmlaßter Schönstedt erwidert, daß die Mehrheit des

Damit ist die Diskussion wieder eröffnet und das Haus beschließt wiederum die Vertragung.

Personlich bestreitet
Sie in *Paradee*, daß keine *Stadt* *St. Gallen* sei.

Abg. v. Kardorff, daß seine gesetzliche Erklärung nicht auf die Initiative des Abg. Frhrn. v. Stumm, der frank darin niedergeliege, zurückzuführen sei. Er habe immer dieselben Ansichten vertreten wie gestern auch zu der Zeit, als Frhr. v. Stumm nicht Mitglied des Reichstages gewesen sei.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr (Fortsetzung der Berathung der Umsturzvorlage.) Schluss 5½ Uhr.

Deutschland

W. B. Berlin, 9. Mai. In der heutigen Zeitung, S. 2.

Deutschland.

W. B. Berlin, 9. Mai. In der heutigen Sitzung des Bundesrates wurde beschlossen, das Gesetz für Elsaß-Lothringen wegen Aufhebung des Gesetzes betreffend die Ernennung und die Besoldung der Bürgermeister und Beigeordneten, vom 4. Juli 1887, zur Allerhöchsten Vollziehung vorzulegen. Die Vorlage betreffend den Gesetzentwurf wegen Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Reichshaushaltsetat für 1895/96, ferner betreffend den Entwurf eines Gesetzes wegen Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsetat für die Schutzgebiete auf das Etatsjahr 1895/96, betreffend den Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung des Zuckersteuergesetzes, sowie betreffend den Entwurf eines Abgabentariffs für den Nord-Ostseekanal wurden den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Der Gesetzentwurf wegen Abänderung des Gesetzes vom 23. Mai 1873 über die Gründung und Verwaltung des Reichs-Invalidenfonds, ferner der Gesetzentwurf über die Ausführung des mit Oesterreich-Ungarn abgeschlossenen Zollkartells und die Vorlage vom 13. April d. J. betreffend die Verwendung von Wermuthpulver zur Salzdenaturirung wurden angenommen; ebenso wurde der Antrag Preußens wegen Zulassung der Privattransitläger ohne amtlichen Mitverschluß für die in Nr. 9 des Zolltariffs aufgeführten Waaren angenommen.

— Die Petitionskommission des Reichstages beschäftigte sich heute mit der oft erwähnten Petition des Herrn von Cartenn-Lichterfelde, daß der Militärfiskus ihm zu einer Entschädigung von 20 Millionen Mark verpflichtet sei. Die Regierungsvertreter bezeichneten diese Ansprüche als durchaus unbegründet und teilten mit, daß wegen der in der Petition erhobenen schweren Anschuldigungen gegen Beamte gerichtlich vorgegangen werden solle.

— Die Stempfsteuerkommission des Abgeordnetenhaus nahm heute in erster Lesung die Vorlage mit unwesentlichen Änderungen an und setzte die zweite Lesung des Tariffs auf den 15. d. Mts. fest.

— Der „Bosz. Btg.“ zufolge wird gegenwärtig mit allem Eifer an der Fertigstellung eines für den preußischen Landtag bestimmten verschärften Vereins- und Versammlungsgesetzes entworfen gearbeitet. Es ist zweifelhaft, ob der Entwurf noch in dieser Tagung zur Beratung kommt.

— Die feierliche Beileitung der Leiche des Generalobersten der Infanterie von der Armee, v. B a p e , findet morgen, Freitag, den 10. Mai, um 4 Uhr Nachmittags, vom Trauerhause, Alt Moabit 117/118, auf dem Invalidenkirchhofe in der Scharnhorststraße unter den üblichen militärischen Ehrenbezeugungen statt. Die Offizierkorps der Garnison werden hierbei durch Abordnungen vertreten sein. Die Trauerparade, nach den für einen verstorbenen Generalfeldmarschall bestehenden Vorschriften gestellt, wird vom Generalmajor v. S i d , Kommandeur der Ersten Garde-Kavallerie-Brigade, kommandiert werden und aus folgenden Truppenteilen bestehen: 3. Bataillon des Zweiten Garderegiments z. F. unter Befehl des Obersten v. H a r t m a n n ; 4 Eskadrons des 2. Garde-Ulanenregiments unter Befehl des Oberstlieutenants Freiherrn v. L a n g e r m a n n ; 3 Batterien zu je 4 Geschützen des 1. Garde-Feld-Artillerieregiments mit dem Trompeterkorps unter Befehl eines Stabsoffiziers. Die Orden des Verstorbenen werden von den beiden Adjutanten des Gouvernements und erforderlichen Falles vom Adjutanten der Kommandantur getragen. Anzug: Paradeanzug. Das Zweite Garderegiment zu Fuß stellt, als Träger des Sarges bis zum Leichenwagen und von diesem zur Gruft, 16 Unteroffiziere mit langem Trauerschlaf am Helm. Das Pferd des Entschlafenen wird vom Unteroffizier Petsch des 2. Garderegiments z. F. der früher als Stabsordonnanz des Verstorbenen fungirte, geführt werden. Die Kriegervereine von Berlin und Umgegend, sowie der Kriegerverein zu E l l e n a . R u h r . dessen Mitglied der dahingestorbene Generaloberst war, werden sich durch Deputationen mit ihren Fahnen an der Beilegungsfete

Bet der heutigen Reichstagssitzung im ersten Weimarer Landkreis waren bis 8 Uhr Abends in Weimar selbst für Reichenbach (konserv. bzw. BUND DER LANDWIRTE) 1200 und für Bauer (Sozialdemokrat) 1804 Stimmen gezählt. 73 Stimmen sind ausgestattet.

— laut telegraphischer Mittheilung an das Oberkommando der Marine ist S. M. S. „Alexandrine“, Kommandant

Kapitän zur See Schmidt, am 8. d. M. von Tanger nach Casablanca, und S. M. S. "Iltis", Kommandant: Kapitän-Lieutenant Ingenohl, am 8. d. M. von Cheloo nach Schanhaai in See gegangen.

Berimischies.

In der Affaire Rose taucht als neueste Erscheinung eine Dame, die keine Dame sein soll auf. Sie steht im Verdacht, die vielerwähnten anonymen Schmähbungen verfaßt zu haben. Der "Saale-Bta." wird darüber aus Berlin berichten. Es scheint sich der Verdacht nunmehr auf eine Dame gelenkt zu haben, die in keinen Beziehungen zum Hofe steht, wenn auch zu einem vorragenden Aristokraten. Diese Dame, die von der legitimen Gesellschaft nicht als Dame betrachtet wird, soll eines Tages mit einer größeren Kavalade, begleitet von zwei D'enern in Stree, die Linden entlang geritten sein. Die Gräfin Fritz Hohenau, so erzählt man, ist dieser Kavalade beigegeben, habe aus der Lioore der Diener auf den vornehmen Charakter der Gesellschaft geschlossen, ist vornichtet und geprüßt, und dann aus dem schadensfreien Lächeln der Bedienten erscheinen, daß sie sich geträumt habe. Es sei über die Freuden des Aristokraten viel am Hofe hin und her gesprochen worden, es sei die Forderung aufgetaucht, daß jene Dame, die nicht als Dame betrachtet wird, aus Berlin ausgewiesen werde, wozu es aber an rechtlichen Gründen mangelt, und aus Nacho habe dann jene Dame, die keine Dame sein soll, die bedenklischen Briefe und Postkarten, namentlich auch an die Gräfin Fritz Hohenau, geschrieben und diese Gräfin vielleicht in der gemachten Weise verläßt. Nun wird wohl gegen diese Dame vorgegangen werden sollen. Aber wer ist sie? Es heißt auch in diesem Falle wieder: Cherchez la femme! Schließlich ist hier noch einer leider nicht kontrollierbaren Meldung der "Braunschweiger Landeszeitung" gedacht, wonach den Sozialdemokraten das gesamte Atemmatrat über den sensationellen Prozeß des Fr. v. Rose zugegangen sein soll. Die Sozialdemokraten geben, wie es weiter heißt, im Laufe der Debatte zur Umsturzvorlage davon Gebrauch zu machen.

Sonderburger Bank. Der Prokurist der früheren Sonderburger Bank, Tietzen, ist jetzt ebenfalls, wie vor einigen Tagen der Aufsichtsrath, aus der Haft wieder entlassen worden.

Votales

Posen, 10. Mai.

m. Im Verein zur Hebung der Unterstadt berichtete gestern Abend Apotheker Schneider über den Empfang der kürzlich nach Berlin entsandten Deputation durch den Ministerialdirektor Schulz und die Ober-Baudirektoren Wiebe und Kozłowski im Ministerium für öffentliche Arbeiten. Aus den Unterredungen gewann die Deputation die bestimmte Ueberzeugung, daß die Staatsregierung die Eindeichung der Wartthe ernstlich durchführen will und daß die höchsten Instanzen in Berlin das größte Interesse daran haben, die Ausführung der Eindeichung möglichst zu

beschleunigen und möglichst wirksam zu gestalten. Der Verein beauftragte einstimmig den Vorstand, dem Staatsministerium für die bisherige Fürsorge für die Unterstadt Posens den Dank des Vereins auszusprechen und das Ministerium zu bitten, bei der Aussarbeitung des neuen staatlichen Eindeichungsprojekts besonders die Verlegung des Warthesaues durch den zweiten Vorfluthkanal ins Auge zu fassen. (Näherer Bericht folgt.)

* Provinzialverein für Hebung der Fluss- und Kanalschiffahrt. Wie wir hören, wird von dem Vorstand des Provinzialvereins für Hebung der Fluss- und Kanalschiffahrt in der Provinz Posen gewünscht, daß die Mitglieder des Magistrats und der Handelskammer sowie die Stadtverordneten der Sitzung des Ausschusses gen. Vereins am Sonnabend, den 11. d. M. Nachmittags 6 Uhr, im Stadhause wegen der Wichtigkeit der Verhandlungen bewohnen.

* Der Kommandirende General des V. Armeekorps, General v. Seest, wird der im Armeeverordnungsbüllt veröffentlichten kaiserlichen Kabinettsordre zufolge an der heutigen Belebung der Leiche des Generalobersten v. Bape thelnnehmen.

* Feuer. Gestern Nachmittag 5 Uhr waren Grabenstr. 21 im Hinterhaus in einem Zimmer Polsterwaren und Hausratthe angesiedelt durch herausfallende glühende Kohlen aus der Kochmaschine in Brand gerathen. Von den dort wohnenden Personen wurde das Feuer bald bemerkt und größtentheils gelöscht. Die noch brennenden Reste wurden von der Inzwischen alarmirten Feuerwehr mit einigen Eimern Wasser abgelöscht.

n. Diebstahl. Bei dem Butterhändler Diamant, Krämerstr. 5 stand in letzterganger Nacht aus einer verschloßenen im Hausschlafkammer liegenden Kiste 24 Schafe Eier gestohlen worden. Von den Dieben fehlt jede Spur.

* Die Gründung eines Verbandes der Militärwärter Deutschlands wurde in einer am Mittwoch Abend in Berlin abgehaltenen Militärwärterversammlung beschlossen.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 9. Mai. [Abgeordnetenhaus.] In Beantwortung der Interpellationen der Abgeordneten Fürst Blechschmidt und Dipaut erklärte Ministerpräsident Fürst Windischgrätz, die Regierung wolle vollkommen die von dem Minister des Außenwesens in seiner Note an den ungarischen Ministerpräsidenten vom 25. v. Mts. ausgesprochenen grundsätzlichen Anschauungen, wonach weder das Haupt der katholischen Kirche in der Leitung der kirchlichen Angelegenheiten und im legitimen Verkehr mit den Gläubigen von Staatswegen irgendwie behindert werden, noch der Staat in der Ausübung seiner Rechte irgend eine Einschränkung von außen erfahren soll. (Beifall.) Die Regierung glaubt jedoch auf eine meritatorische Beantwortung der in der zweiten Interpellation gestellten Frage nicht eingehen zu sollen, weil für sie innerhalb ihres Wirkungskreises ein konkreter Fall nicht vorliege. Mit Rücksicht auf den Umstand, schloß der Ministerpräsident, daß die in der ersten Interpellation gestellten

110258 85 300 18 79 447 61 507 602 65 740 815 (300) 21 25 98 965
86 95 111066 109 21 (1500) 231 51 380 537 (300) 54 96 817 982
112100 38 221 482 616 38 67 783 (300) 804 950 96 113163 262 300
15 92 (3000) 401 15 515 703 (300) 64 114045 118 245 340 64 (500)
68 433 609 35 701 834 94 115186 291 406 665 835 116060 208 411
49 659 919 30 71 117044 59 73 355 414 29 585 873 918 39 61
118061 288 363 463 831 (300) 119284 323 (300) 63 66 509 99 705
120755 822 44 89 121239 93 327 465 752 59 (300) 95 (1500)
122008 45 50 (300) 79 201 45 58 305 55 434 616 24 66 757 68 74 (300)
881 908 123032 98 582 606 30 71 748 71 845 124148 451 501 7 602
(1500) 54 62 88 859 125219 353 94 534 653 84 126004 77 154 256
92 311 13 59 447 503 731 (3000) 88 842 72 127444 50 610 712 51 838
910 27 128029 84 159 75 226 (500) 60 426 765 850 949 129198 214
358 456 74 512 83 621 38 863 908 13 31
130291 331 404 569 (300) 70 763 86 820 88 (1500) 951 131090
150 320 626 735 38 69 964 132004 204 380 599 755 834 (300) 87 939
(5000) 77 133013 60 272 (500) 89 454 564 663 71 78 920 57 134081
184 719 840 135008 186 309 80 413 60 (1500) 88 522 53 858 136030
96 129 34 858 651 769 842 137217 308 647 705 809 92 961 138125
74 79 212 38 62 379 418 30 579 610 752 928 139052 58 77 87 179
873 917 21 79

140070 71 305 660 871 911 89 61 141160 253 82 (30000) 845 88
92 613 93 712 (300) 50 918 20 142179 274 92 619 708 875 143190
442 659 (3000) 887 (500) 902 21 48 56 144182 255 556 619 802 8 (500)
943 145125 584 85 603 796 146001 133 331 40 (300) 448 516 68
776 147177 266 324 498 607 725 72 804 91 148108 221 82 839 563
603 712 56 815 149100 294 301 (500) 468 815

150104 (300) 66 250 (300) 306 486 573 75 (1500) 151134 201 80

315 467 705 82 976 152039 (300) 55 131 857 81 416 71 (500) 610 19

35 48 801 911 153881 154015 36 93 (300) 154 60 97 298 316 58

(500) 89 431 87 569 94 904 155098 100 354 532 655 712 95 156084

108 12 62 252 59 325 31 437 60 75 582 696 97 157098 213 44 362

500 448 55 75 548 613 777 826 158075 106 626 784 822 27 43 55

923 159064 96 (300) 421 512 (300) 35 97 (300) 825 35

160143 (500) 60 266 95 303 74 (1500) 508 63 97 754 60 69 929

161109 452 637 68 (3000) 800 (5000) 63 905 162148 284 348 (300)

679 847 909 70 (300) 163056 180 226 361 525 750 164055 117

(1500) 255 68 413 584 699 721 40 63 93 820 23 165319 747 883

991 161683 218 61 329 482 522 62 614 65 828 948 167041 174

(300) 90 438 (3000) 588 687 168081 85 234 86 380 (300) 422 23 30

87 536 80 660 728 28 73 169032 431 94 513 34 928

170294 364 457 66 538 906 14 171382 89 515 66 621 (300) 51

713 804 963 172018 31 (3000) 40 419 517 797 918 49 173169 292

466 590 772 809 174024 106 255 751 812 175155 846 746 176057

76 578 800 24 976 177248 716 888 945 178322 433 69 528 612 16 (600)

31 48 71 776 (1500) 877 901 3 11 179102 205 44 68 75 76 94 (500) 315

771 (300) 845 946 51

180094 231 (3000) 701 964 181204 421 549 704 64 73 182039

265 697 719 28 (300) 887 183040 43 467 (1500) 515 46 (1500) 711 41

(300) 808 59 76 97 980 184081 389 576 603 741 98 905 49 185025

75 81 89 109 239 473 547 57 656 727 53 873 186340 487 595 187022

162 (1500) 225 339 62 412 56 514 715 55 94 (3000) 842 188101 79

(1500) 91 285 336 488 94 97 527 41 848 (300) 66 77 93 965 189017

110 243 333 554 722 846

190015 85 141 327 36 421 39 773 830 82 191095 146 276 595

695 98 737 814 936 72 82 192277 300 459 534 (300) 753 193240

300 8 53 (3000) 474 695 772 803 34 43 932 77 194018 (3000) 56 132

722 550 642 738 (3000) 818 948 51 195045 187 (500) 222 40 705 (3000)

74 810 11 31 99 196066 70 487 646 (300) 762 70 951 79 197093

317 21 608 15 800 32 80 955 (300) 198001 256 336 92 447 541 87

94 882 970 199034 136 45 235 476 91 513 26 743 87 (3000)

200130 42 68 493 818 215 67 201017 493 795 96 808 202035 44

(1500) 99 301 687 712 58 82 94 97 821 51 (300) 203096 (500) 144 67

81 367 463 910 13 204276 367 49 90 95 685 764 (300) 834 43 70 938

205053 94 429 518 769 92 965 206123 262 474 574 732 956

207463 857 943 208190 218 306 488 670 749 946 209208 9 388

500 28 60

210176 96 834 (3000) 92 447 542 600 (300) 8 723 46 984 211023

85 165 227 56 317 47 627 55 65 922 212031 160 77 78 235 59 66 375

76 460 742 908 213053 50 88 211 40 484 (500) 556 84 781 87 934 77

214010 110 36 375 416 88 530 770 88

(Red.) verbreiteten Gerüchte vom Tode des Königs Mi-
lans sind vollständig unbegründet.

Paris. 10. Mai. Die Polizei entfernte während der Nacht in Paris an anarchistische Maueranschläge, die Emile Henri und Novochol unterzeichneten waren. Den Bündholzarbeitern wird durch den Vorwurf gemacht, dem Kapital und der Bourgeoisie willkürlich gewesen zu sein.

London. 10. Mai. [Unterhaus.] Maxwell brachte einen Antrag ein, der die Abweisung des Vorwurfs empfiehlt, wonach die Bündholz einen ständigen Ausschuss auf der Grundlage getrennter Nationalitäten vertrieben werden sollen. Der Antrag wurde mit 186 gegen 262 Stimmen abgelehnt.

London. 10. Mai. Der Herzog von York wird die Königin bei der Einweihungsfeier des Nordostseekanals vertreten. Der Herzog wird sich an Bord der Königin-Yacht "Osborn" nach Hamburg begeben und mit den britischen Kriegsschiffen, welche an den Festlichkeiten teilnehmen, zusammenentreffen.

London. 10. Mai. Im Hafen von Toulon geriet das als Kalernschiff benutzte Kriegsschiff "Castiglione" in Brand. Das Schiff gilt als verloren, die Mannschaft wurde gerettet.

London. 10. Mai. Der bekannte spanische Republikaner Zorilla liegt im Sterben.

Bukarest. 10. Mai. Der Senat hat gestern mit 44 gegen 3 Stimmen die Abänderung zweiter Artikel des Wahlgesetzes angenommen, nach welchen der Vorsitzende der Wahlkommission, um Unruhen vorzubeugen, sich an die bewaffnete Macht wenden kann. Der Minister des Außenfern und der Ministerpräsident betonten im Laufe der Beratung die in Folge des gegenwärtigen Gesetzes zu Tage getretenen Missbräuche.

Belgrad. 10. Mai. Die Stadt schmückt sich für den Empfang der Königin Matilde, die am Mittwoch von Paris abreist; an 3 Abenden soll eine Illumination stattfinden.

Buenos-Ayres. 10. Mai. Morgen findet allgemeine Volkszählung in der argentinischen Republik statt. Die Regierung hat einen öffentlichen Feiertag angeordnet.

London. 9. Mai. Wie die "Times" aus Kobe meldet, ist die Cholera an Bord der japanischen Transportschiffe in Taliwan ausgebrochen. Die Hälfte der Transportschiffe habe die gelbe Flagge gehisst.

Holohama. 9. Mai. [Meldung des Reuterschen Bureaus.] Die offiziellen Berichte über die Cholera unter den Japanern auf den Ryukyu-Inseln beziffern die Gesamtsterblichkeit vom 26. März bis 24. April auf 1300 Fälle. Die Seuche ist jetzt beinahe erloschen; es kommen nur noch einige Fälle täglich vor.

Produkten- und Börsenberichte.

Bremen. 9. Mai. [Börsen-Schlussericht.] Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notizierung der Petroleum-Börse.) Stiegend. Loto 7,20 Pr.

Baumwolle. Ruhig. Uppland middl. loto 34½ Pf. Schmalz. Ruhig. Wilcox 36 Pf., Armour shield 35½ Pf., Cudahy 36½ Pf., Fairbanks 30 Pf.

Spec. Ruhig. Short clear middling loto 31½, extra long Tabac. Umz. 370 Pfund Seedleaf, 274 Baden Paraguay.

Hamburg. 9. Mai. [Schlussericht.] Kaffee. Good average Santos per Mai 71½, per September 76½, per Dez. 74, per März 72½. Ruhig.

Hamburg. 9. Mai. [Schlussericht.] Budermarkt. Rüben-

Kohzucker I. Probiult Basis 88 pfct. Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg per Mai 9,92½, per Juni 10,05, per August 10,25, per Oktober 10,35. Schwächer.

Paris. 9. Mai. Getreidemarkt. (Schlussericht.) Weizen fest, per Mai 20,00, per Juni 20,00, per Juli-August 20,20, per September-Dezember 20,30. — Roggen fest, per Juni 11,25, per September-Dezember 12,50. — Wehl fest, per Mai 43,45, per Juni 43,50, per Juli-August 44,20, per September-Dezember 44,80. — Rüböl ruhig, per Mai 49,25, per Juni 49,00, per Juli-August 49,00, per September-Dezember 49,25. — Spiritus fest, per Mai 32,00, per Juni 32,25, per Juli-August 32,50, per September-Dezember 33,00. Wetter: Schön.

Paris. 9. Mai. (Schluß.) Kohzucker beh. 88 Prozent loko 27,00 à 27,25. Buder matt, Nr. 3, per 107 Pfund, per Mai 28,12½, per Juni 28,25, per Juli-August 28,62½, Oktober-Januar 29,00.

Gavre. 9. Mai. (Telegr. der Hamb. Firma Beimann, Biegler u. Co.) Kaffee good average Santos per Mai 93,75, per September 94,00, per Dezember 92,25. Raum behauptet.

Gavre. 9. Mai. (Telegr. der Hamb. Firma Beimann, Biegler u. Co.) Kaffee in New York loko mit 5 Points Basis.

Rio 9,000 Sac, Santos 9,000 Sac Recettes für gestern.

Amsterdam. 9. Mai. Baumwolle 40.

Amsterdam. 9. Mai. Java-Kaffee good ordinary 52½.

Amsterdam. 9. Mai. Getreidemarkt. Weizen auf Termine mait, per Mai —, per November —. — Roggen loko unveränd., do. auf Termine niedriger, per Mai —, per Juli —, per Oktbr. 11,40. Rüböl loko 23½, per Herbst 23½.

Antwerpen. 9. Mai. Petroleumsmarkt. (Schlussericht.) Kaffee mittes Type weiss loko 22,00 Verkäufer, per Mai — Br., per Juni-Juli — Br., der Septbr.-Dezember — Br.

Schmalz 85%, Margarine ruhig.

Antwerpen. 9. Mai. Getreidemarkt. Weizen weichend.

Roggen fest. Hafer behauptet. Gerste fest.

London. 9. Mai. An der Küste 1 Welzenladung angeboten.

Wetter: Schön.

London. 9. Mai. Chilli-Kupfer 43½, per 3 Monat 43%.

Newyork. 8. Mai. Baurenbericht. Baumwolle in New York 6½ do in New Orleans 6% — Petroleum Standard white in New-York 8,00 do. in Philadelphia 7,95, do. rohes nom. do. Pipe-line certifit, per Juni 170 nom. Schmalz Western steam 6,82. do. Rohe & Brothers 7,10. — Mais Tendenz: willig, per Mai 55½, per Juli 51½, per September 55%. — Weizen behauptet, Rother Winterweizen 67½ do. Weizen per Mai 65½, per Weizen per Juli 66½, do. Weizen v. Sept. 67½, do. Weizen per Dez. 69%. — Getreidefracht nach Liverpool 1½. — Kaffee satz Rio Nr. 7 16,00, do Rio Nr. 7 per Mai 14,15, do. Rio Nr. 7 per August 14,50. — Wehl, Spring clears 2,65. — Buder 3. — Kupfer 10,10.

Chicago. 8. Mai. Weizen kaum behauptet, per Mai 61%, per Juli 62%. — Mais willig, per Mai 50%. — Speck short clear nom. Pork per Mai 12,02.

Telephonischer Börsenbericht.

Berlin. 10. Mai. Wetter: Prachtvoll.

Newyork. 9. Mai. Weizen per Mai 67½, per Juli 68½.

Berliner Produktionsmarkt vom 9. Mai.

Wind: NW. fühl + 11 Grad Raum., 763 Millim. Wetter: Warm, bewölkt.

Die unter der Gunst der Witterung eingeleitete Abschwächung

der Tendenz hat sich weiter ausgebrettet und macht sich selbst an festen Märkten in der Zurückhaltung des Bedarf geltend, eine Erholung, die ziemlich gleichmäßig in allen Ländern besteht. damit verbundenen Preiserhöhungen sind aber nur gering, da die Haushaltsinteressen groß sind, und die Haltung der Spekulation bleibt in Folge dessen eine abwartende. Daher sind die Umläufe im Effektiv- wie im Termingeschäft geringe und die Beteiligung mehr in Glattstellungen früherer Positionen wie in neuen Unternehmungen zu finden. Angesichts dieser Lage wirkt eine Erhöhung der amerikanischen Märkte auch auf die heisse Tendenz abschwächend, welche sich jedoch später auf einige Bedarfsläufe aus Mecklenburg bestätigte. Der Schlug war jedoch wieder schwach. Weizen verlor unter Schwankungen ca. 1½ M. Gefündigt 500 Tonnen.

Roggen war zeitweise lediglich fest und büßte auch nur 1½ — 1 M. ein. Gef. 300 Tonnen.

Hafer in Folge besserer Waarenfrage und Materialangeboten. Gef. 500 Tonnen.

Roggen mehr schwankend und etwas niedriger. Rüböl auf Realisationen matter. Spiritus ebenfalls in Realisationen angeboten. Gef. 6000 Liter.

Weizen loko 140—161 M. nach Qualität gefordert, Mai 150,50—150,25—151,50—150,75 M. bez., Juni 149,50—149,25 bis 149,75—149,50 M. bez., Juli 149,50—150,25—150—149,50 M. bez., Septbr. 149,50—149,25—150—149,50 M. bez.

Roggen loko 27—34 M. nach Qualität gefordert, Mai 130—130,75—130,50 M. bez., Juni 131,00 130,75—131,75—131,50 M. bez., Juli 132,00—131,75—132,75—132,50 M. bez., August 132,50—133,25—133 M. bez., September 133,00—132,75—134 M. bez.

Mais loko 128—138 Mark nach Qualität gefordert, Mai 126,25 M. bez., August 116 M. bez., Septbr. 117 M. bez.

Gerste loko per 1000 Kilogramm 110 65 M nach Lückstädt gefordert.

Hafer loko 124—148 M. ne. 1000 Kilo nach Qualität gefordert, mittel und guter ost- und westpreußischer 129—135 Mark, s. pommerischer, undermärkischer und mecklenburgischer 29—136 M. do. schlesischer 130—136 Mark, s. schlesischer 137—142 M. ab Bahn bez., Mai 128—128,50 M. bez., Juni 126,50—127,25 M. bez., Juli 126,25 bis 127,00 M. bez., September 122,25—122,75 Mark bez.

Erbien Kochware 131—135 M. per 1000 Kilo nach Qual. bez., Butterware 23—31 M. per 1000 Kilo nach Qual. bez., Vittoria-Erbien 155 185 M. bez.

Weller 1. Weizenmehl Nr. 00: 21,50—19,75 Mark bez., Nr. 0 und 1: 18,00—16,00 M. bez., Roggenmehl Nr. 0 und 1: 18,50 bis 17,75 M. bez., Mai 18,10—18,20 Mark bez., Juni 18,10—18,20 M. bez., Juli 18,20—18,30 Mark bez., September 18,35—18,40 Mark bez.

Rüböl loko ohne Faz 44,4 M. bez., Mai 45,6—45,1 M. bez., September 45,8—45,5 Mark bez.

Petroleum o. 22,5 M. bez., Septbr. 22,7—22,8 M. bez. Spiritus übersteuert zu 50 M. Verbrauchsabgabe loko ohne Faz — M. bez., untersteuert zu 70 M. Verbrauchsabgabe loko ohne Faz 36,3 M. bez., Mai 40,1—39,9—40,0 M. bez., Juni 40,3—40,2 Mark bez., Juli 40,6—40,5 M. bez., August 40,9 bis 40,8 M. bez., Septbr. 41,2—41 41,1 M. bez., Oktober 41,4—41,1 bis 41,2 M. bez.

Kartoffelmehl Mai 17,20 M. bez.

Kartoffelfärberei, trocken. Mai 17,20 M. bez.

Die Regulierungsbefreiung wurde festgestellt: für Weizen auf 151,00 M. per 1000 Kilo für Roggen auf 120,50 M. per 1000 Kilo, für Spiritus auf 40,10 M. per 30 000 Liter Prozent. (N. S.)

Ob. Schi. Portl. Cement 6 108,00 M. bez.

Oppeln. Cem.-F. 6 18,00 B. bez.

do. (Giesel). 4½ 10,50 B. bez.

Bresl. Pferde-Bn. 8 180,00 M. bez.

do. Elekt.-Bahn 8 197,50 M. bez.

Charlottenburg. — 171,00 M. bez.

Pr. Bodencr.-Bk. 4½ 149,50 M. bez.

do. Cnt-Bd 70Pct 9½ 181,00 M. bez.

do. Hyp.-Akt.-Bk. 6½ 13,50 M. bez.

do. Hyp.-V. A. G. 6 119,90 G. bez.

Rh.-Westf. Bank 7 92,00 M. bez.

Reichsbank. 6½ 161,40 M. bez.

Russisch. Bank. 9½ 123,75 M. bez.

Schaffaus-Bk. 6½ 137,25 M. bez.

Sches. Bankver. 5½ 124,60 G. bez.

Warsch. Comerz 10½ 124,60 G. bez.

do. Disconto 9½ 10,00 M. bez.

Gummi HarWien 20 310,75 B. do. Schwanitz 9½ 188,25 G. do. Voigt Winde 7 137,00 B. do. Anhalter 7 44,90 M. bez.

Berl. Anh. 7 122,50 M. bez.

Bresl. 8½ 177,00 M. bez.

Bresl. Hofm. 5 145,50 M. bez.

Chemnitz 6 149,60 G. bez.

Fleother 6 130,00 M. bez.

Germ.-V.-Akt. 0 8,90 M. bez.

Görlitz Körn. 10 192,80 M. bez.

Görl. Lüdr. 8 176,25 M. bez.

H. Pausch. 3 104,50 M. bez.

Lud. Löwe. 20 400,00 M. bez.

Pomm. cv. 4½ 82,25 M. bez.

Schwarz. 12½ 249,90 M. bez.

Stett.-Vlk.-Bk. 7½ 141,50 M. bez.

Stett. St. Pr. 7½ 146,10 M. bez.

Sudenburg. 20 247,25 M. bez.

Ob.-Schi. Portl. Cement 6 108,00 M. bez.

Petersb. Disc.-Bk. 15 10,00 M. bez.

do. intern. Bk. 14 14,50 M. bez.

Pomm. Vorz.-Akt. 6 132,00 M. bez.

Posen. Prov.-Bk. 4½ 106,75 M. bez.

</div